

Eidgenössisches Departement  
des Innern EDI  
Generalsekretariat GS-EDI  
Herr Bundespräsident Alain Berset  
Inselgasse 1  
3003 Bern



Stiftung CSI-Schweiz  
Zelglistrasse 64 | 8122 Binz (ZH)  
Tel 044 982 33 33 | info@csi-  
schweiz.ch | www.csi-schweiz.ch

Binz, 14. Februar 2023

## **Es ist höchste Zeit, die Sanktionen gegen Syrien aufzuheben!**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Nach den verheerenden Erdbeben vom 7. Februar 2023 in der Südosttürkei und Nordsyrien fordern wir Sie erneut auf, die Unterstützung der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien durch die Schweiz aus humanitären Gründen zurückzuziehen und deren rasche Aufhebung zu fordern. Eine wachsende Zahl von Menschen in der ganzen Welt teilt unsere Ablehnung der destruktiven Wirtschaftssanktionen sowie den von der Schweiz und ihren EU- und NATO-Partnern verhängten Sekundärmassnahmen. Darunter sind Papst Franziskus, der Ökumenische Rat der Kirchen, Caritas International und die Uno-Sonderberichterstatteerin über die Auswirkungen von Sanktionen.

Die Sanktionen sind eine zerstörerische Waffe gegen den syrischen Staat mit dem Ziel, einen Wechsel des Regimes zu erzwingen. In der Realität erweisen sie sich aber als kollektive Bestrafung der syrischen Zivilbevölkerung, was im Widerspruch steht zu den Genfer Konventionen. Die mit den Sanktionen verfolgten Ziele – wie demokratische Reformen und eine Verbesserung der Menschenrechtssituation – werden offensichtlich nicht erreicht. Nach dem brutalen Krieg verhinderte diese Strafmassnahme den Wiederaufbau des gebeutelten Landes. Viele Menschen in Syrien haben keine Arbeit, sind verarmt, hungern.

Das Welternährungsprogramm zeigt die Verschlechterung der Lage in Syrien innerhalb der letzten zwei Jahre auf (Situation vor dem grossen Erdbeben):

- Die Lebensmittelpreise sind um das Zwölfwache gestiegen; 70 Prozent der Bevölkerung sind von Ernährungsunsicherheit betroffen oder bedroht.
- Die Zahl der Menschen, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, hat sich von 1,3 Millionen auf 2,5 Millionen fast verdoppelt.
- Die Zahl der Menschen, die humanitäre Hilfe benötigen, ist von 13,4 Millionen auf 15,3 Millionen gestiegen.
- 85 Prozent der syrischen Haushalte sind nicht mehr in der Lage, ihre Grundbedürfnisse zu decken.

Offiziell sehen die Sanktionen gegen Syrien humanitäre Ausnahmen vor. Allerdings haben diese Ausnahmen aufgrund der sekundären Sanktionen und der Einschränkung des Zahlungsverkehrs kaum Gewicht. Der sanktionierte Treibstoff verhindert die Lieferung von Lebensmitteln, die Erzeugung von Strom, die Einfuhr von Generatoren, Rohren, Düngemitteln, Software für medizinische Geräte und andere lebenswichtige Güter. Zudem werden die Finanzinstitute aktiv davon abgehalten, mit Syrien Geschäfte zu machen. Die Ausnahmeregelungen sind auch deshalb weitgehend wirkungslos.

Die gigantische Erdbebenkatastrophe zeigt den eklatanten Mangel an Gütern auf, den die Sanktionen verursacht haben. In nur wenigen Stunden starben Tausende von Menschen und Zehntausende wurden in Städten obdachlos, in denen es kein funktionierendes Gesundheitssystem und kaum Strom und Treibstoff für Bagger, Bergungsgeräte und Krankenwagen gibt. Wir werden nie erfahren, wie viele Menschen unter den Trümmern sterben mussten, nur weil die Geräte für die Bergung gefehlt haben.

Mit Bestimmtheit wissen wir aber eines: Die humanitäre Krise in Syrien war noch nie größer und der Bedarf an Nothilfe, Medikamenten, Geräten und Maschinen für den Wiederaufbau war noch nie so dringend wie in diesen Tagen.

Jetzt ist die Zeit zu handeln! Sehr geehrter Herr Bundespräsident, wir fordern Sie in einem ersten Schritt auf, den Wirtschaftskrieg, der die syrische Bevölkerung trifft, nicht mehr zu unterstützen, sondern den vom Erdbeben schwer betroffenen Gebieten in Syrien direkte Not- und Wiederaufbauhilfe zukommen zu lassen. Und bitte fordern Sie in einem zweiten Schritt auf internationaler Ebene das Ende der einseitigen Syrien-Sanktionen ein, so wie es sich für einen neutralen Staat gehört, der sich nach den Genfer Konventionen richtet.

Hochachtungsvoll

**Christian Solidarity International**



Dr. John Eibner  
Präsident CSI International



Simon Brechbühl  
Geschäftsführer Stiftung CSI-Schweiz